

## INHALT

1. Bestehende kommunale Strukturen bei der Trinkwasserversorgung sichern!
2. CDU unterstützt Forderung nach Flexibilisierung des Einschulalters
3. Personalentwicklung in der öffentlichen Verwaltung
4. CDU setzt sich für weitere Aufwertung des Ehrenamtes ein
5. Interessen Schleswig-Holsteins in Europa stärker zur Geltung bringen
6. Aufhebung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht

22.02.2013

### **Bestehende kommunale Strukturen bei der Trinkwasserversorgung sichern! Entwurf der neuen EU-Dienstleistungsrichtlinie in der Kritik**



Astrid Damerow, MdB

Die europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Astrid Damerow, hat in ihrem heutigen (22. Februar 2013) Debattenbeitrag im Landtag über den Entwurf der neuen Dienstleistungsrichtlinie der EU-Kommission zu Konzessionsverträgen eine Ausklammerung der Trinkwasserverordnung aus der Richtlinie gefordert. Die ursprünglichen Planungen der Kommission könnten erhebliche Auswirkungen auf die Kommunen im Land haben, da sie entweder zu europaweiten Ausschreibungen oder zu erheblichem bürokratischem Mehraufwand führen würden.

„Die Kommunen erfüllen die Aufgabe der Wasserversorgung in Deutschland vorbildlich. Warum will die EU nun durch neue Vorschriften aktiv werden?“, fragte die europapolitische Sprecherin. Europa werde bei den Bürgern nur auf Akzeptanz stoßen, wenn dort keine überflüssigen Regelungen geschaffen werden.

Der Proteststurm kommunaler Spitzenverbände, Wasserversorger und gerade auch der Bürger, von denen bereits über eine Million die Bürgerinitiative „right 2 water“ unterstützen, zeige aktuell erhebliche Wirkungen. Die Richtlinie werde laut gestriger Aussage von EU-Kommissar Barnier erhebliche Veränderungen erfahren. Einzelheiten dazu müssten zunächst abgewartet und dann bewertet werden.

„Unsere kommunale Wasserversorgung muss vor Rechtsunsicherheiten, Mehraufwand und höheren Kosten bewahrt werden. Die Kommunen können die ortsnahe Trinkwasserversorgung auch in Zukunft in eigener Verantwortung hervorragend regeln“, forderte Damerow.

Link zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0500/drucksache-18-0550.pdf>

---

### **CDU unterstützt Forderung nach Flexibilisierung des Einschulalters Sonderpädagogischen Förderbedarf frühzeitig ermitteln**



Heike Franzen, MdL

Auf Antrag der FDP-Fraktion debattierte der Schleswig-Holsteinische Landtag in seiner heutigen Sitzung (22. Februar 2012) über die Flexibilisierung des Einschulalters. Die CDU-Fraktion brachte sich dabei mit einem eigenen Änderungsantrag in die Debatte ein. Neben der Flexibilisierung des Einschulalters soll demnach auch die Möglichkeit gegeben werden, schon vor dem Schuleintritt einen möglichen sonderpädagogischen Förderbedarf zu ermitteln.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, betonte in der Debatte, dass es generell richtig sei, Kinder mit sechs Jahren einzuschulen. Viel zu oft sei in der Vergangenheit die Entscheidung der Eltern, ihr Kind noch ein Jahr vom Schulbesuch zurück zu stellen, rein emotional und nicht durch mangelnde Schulreife des Kindes begründet gewesen. Es sei daher an allen Schulen die „Eingangsphase“ eingerichtet worden, die allen Kindern ermöglicht, das Klassenziel der zweiten Klasse in ein bis drei Jahren zu erreichen. Nur in medizinisch begründeten Ausnahmefällen können Kinder demnach vom Schulbesuch beurlaubt werden.

„Woran wir aber noch arbeiten müssen ist die Frage: Was geschieht eigentlich mit den Kindern, die nicht die Schule besuchen? Sie einfach nur ein Jahr weiter in den Kindergarten zu schicken, kann nicht die Lösung sein“, so Franzen.

Sollten Kinder vom Schulbesuch befreit sein, so müssten sie in dem Jahr auch die entsprechende Unterstützung erfahren und gefördert werden. „Aus unserer Sicht ist es dringend erforderlich, vor dem Schulbesuch bei Bedarf einen sonderpädagogischen Förderbedarf zu ermitteln. Dann können in der Schule die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Kinder individuell fördern zu können“, so die Bildungsexpertin.

Die derzeitige Praxis, dass der sonderpädagogische Förderbedarf erst in der ersten Klasse ermittelt und sonderpädagogische Stunden dann erst im nächsten Schuljahr zugewiesen werden, greife zu kurz. „Wir brauchen hier eine enge Absprache mit den Kindertagesstätten, die die Kinder bereits kennen und um ihre Stärken und Schwächen wissen. Wenn wir wirkungsvolle Bildungserfolge erzielen wollen, müssen wir unser Augenmerk auf die ersten Jahre eines Kindes richten“, so Franzen abschließend.

Link zum Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0500/drucksache-18-0507.pdf>

Link zum Änderungsantrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0500/drucksache-18-0541.pdf>

---

## Personalentwicklung in der öffentlichen Verwaltung

### SPD, Grüne und SSW erfüllen ihre Wahlversprechen zu Lasten staatlicher Kernaufgaben



Tobias Koch, MdL

Nachdem der Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages mit den Stimmen von SPD, Grünen und SSW abgelehnt hatte, den Tarifabschluss für Beamte zeit- und wirkungsgleich auf Beamte des Landes zu übertragen, debattierte der Landtag heute über die Planungen der Landesregierung zur Nachwuchsgewinnung für die öffentliche Verwaltung.

„Man ist heute schon froh, wenn man überhaupt genügend qualifizierte Bewerber findet, um die benötigte Anzahl von Stellen im Landesdienst, wie dem Lehrdienst, der Polizei oder der Steuerverwaltung, zu besetzen. Jetzt kommen aber Jahr für Jahr weitere Pensionierungswellen auf uns zu. Wie soll es dann in den nächsten Jahren gelingen, sogar bis zu doppelt so viele qualifizierte Bewerber zu finden?“, fragte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Koch, in Richtung der Regierungsbank.

Dieser Problematik werde der vorgelegte Bericht der Landesregierung nicht im Ansatz gerecht. Ganz im Gegenteil. Die Landesregierung würde durch ihre Weigerung, den Tarifabschluss wirkungsgleich zu übernehmen, die Situation weiter verschlimmern. Die anfänglich

angekündigte Nullrunde und jetzt gerade mal magere Anpassung von 1 Prozent würde die Landesbediensteten nur weiter verunsichern, und potentielle Bewerber für den Landesdienst abschrecken.

„Welcher junge Mensch soll sich denn noch für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein begeistern, wenn die Künstenebelkoalition den Beamten die Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg verweigert und eine Besoldung nach Kassenlage einführt?“, so Koch.

Der CDU-Haushaltsexperte griff Ministerpräsident Torsten Albig direkt an: „Herr Ministerpräsident, so wird das nichts mir Ihrem propagierten Wachstumsland Schleswig-Holstein. Sie geben zwar Geld für alle möglichen Wahlversprechen aus, vernachlässigen dabei aber die staatlichen Kernaufgaben. Unzureichende Verkehrsinfrastruktur und ein schlecht ausgestatteter öffentlicher Dienst sind die Steuermindereinnahmen von Morgen“.

---

### **CDU setzt sich für weitere Aufwertung des Ehrenamtes ein Landesregierung darf Ehrenamtsstärkungsgesetz die Zustimmung nicht verweigern!**



Petra Nicolaisen, MdL

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, hat heute (22. Februar 2013) am Rande der Plenartagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags die Landesregierung aufgefordert, dem Ehrenamtsstärkungsgesetz im Bundesrat zuzustimmen. Der entsprechende Antrag der CDU-Fraktion „Das Ehrenamt als Grundlage der aktiven Zivilgesellschaft“(Drucksache 18/519) wurde zuvor ohne Aussprache in den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss verwiesen.

„Durch die mit diesem Gesetz vorgesehene gesetzliche und steuerrechtliche Aufwertung des Ehrenamtes werden ehrenamtlich Tätige nicht nur finanziell deutlich entlastet. Vielmehr spiegelt sich in dem Gesetz auch die Anerkennung für die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit in der Gesellschaft wider“, erklärte Nicolaisen.

Der Landtag müsse durch seine Forderung an die Landesregierung, dem Gesetzentwurf im Bundesrat zuzustimmen, deutlich machen, dass auch das Parlament um den Wert des Ehrenamtes wisse.

„Die ehrenamtliche Tätigkeit von Menschen in unserem Land ist zentrale Grundlage einer

funktionierenden und aktiven Gesellschaft und besonders in den Kommunen unverzichtbar. In gesellschaftlichen Gruppen, in sozialen Einrichtungen, im Bereich des Sports und der Jugendarbeit, sowie an unzähligen weiteren Stellen leisten ehrenamtlich Tätige einen Beitrag, dessen Wert für die Gesellschaft nicht hoch genug bewertet werden kann", sagte Nicolaisen in Kiel.

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0500/drucksache-18-0519.pdf>

Link zum Ehrenamtsstärkungsgesetz:

[http://www.bundesrat.de/cln\\_320/SharedDocs/Drucksachen/2013/0001-0100/73-13,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/73-13.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_320/SharedDocs/Drucksachen/2013/0001-0100/73-13,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/73-13.pdf)

---

## **Interessen Schleswig-Holsteins in Europa stärker zur Geltung bringen Landtag debattiert Arbeitsprogramm der EU-Kommission**



Sitzung des Europaausschuss mit Reimer Böge, MdEP

Am Rande der Landtagsdebatte über das aktuelle Arbeitsprogramm der EU-Kommission stimmten sich die Landtagsabgeordneten heute mit den schleswig-holsteinischen Abgeordneten des Europaparlamentes ab. Aus diesem Grund war auch der Kandidat für den CDU-Landesvorsitz, Reimer Böge, heute Gast im Kieler Landtag.

CDU-Redner Peter Lehnert, Vorsitzender des Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages, betonte die Erfordernis, die Interessen Schleswig-Holsteins noch besser gegenüber der EU-Kommission abzustimmen. Das Arbeitsprogramm biete für Schleswig-Holstein große Chancen. Dies gelte sowohl für die Forschung und Wissenschaft, als auch für die bessere Förderung bei der Schaffung einer optimierten Verkehrsinfrastruktur und den verstärkten Ausbau der digitalen Informationsnetze.

Die Programme für die zukünftige ländliche Entwicklung und die Förderung der Agrar- und Fischereipolitik seien genauso bedeutend wie neue Schwerpunkte im Bereich der Sozialfonds. Hinzu kämen laufende Initiativen der Europäischen Kommission aus den Vorjahren und natürlich aktuelle Diskussionen, wie zum Beispiel im Bereich der Trinkwasserversorgung und der zukünftigen finanziellen Ausstattung der Förderprogramme.

„Ich glaube, wir haben damit eine sehr umfangreiche und gute Grundlage, die weiteren Fachgespräche im Europaausschuss und den Fachausschüssen weiter zu führen. Außerdem sollten wir die Koordinierung mit unseren Europaabgeordneten in Zukunft regelmäßig und

vertieft führen, um so die Interessen Schleswig-Holsteins noch stärker zur Geltung zu bringen. Genauso sollten wir weiterhin die guten Kontakte und die hervorragende Arbeit unseres Hanseoffice nutzen“, so Lehnert.

---

### **Aufhebung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht Mehrstaatigkeit ist nicht der Königsweg zur Integrationsförderung**

In der heutigen (22. Februar 2013) Plenardebatte um die Aufhebung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht hat die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow, das Optionsmodell im Staatsbürgerschaftsrecht verteidigt.

„Das bisherige Modell hat sich bewährt. Dauerhafte Mehrstaatigkeit ist kein Weg zur Förderung von Integration. Die CDU ist daher der Überzeugung, dass die heutige Regelung, die den Menschen in einem Alter, indem sie ihre Identität gefunden haben, eine Entscheidung abverlangt, den Interessen aller gerecht wird“, so Damerow.

Damerow wies in diesem Zusammenhang auf eine Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hin, die aufzeige, dass der von den Gegnern der Optionsregelung behauptete Gewissenkonflikt für die Betroffenen kaum bestehe.

Unsicherheiten bestünden bei den Betroffenen nur deshalb, weil das Thema einer Abschaffung der Optionsregelung bei jeder Gelegenheit wieder auf den Tisch komme. Wichtig sei es aber vor allem, Sicherheit und Klarheit für die Optionspflichtigen zu schaffen und deshalb Defizite bei der Information abzubauen.

„Die Betroffenen müssen ausreichend über das Verfahren, über Voraussetzungen sowie über Fristen und Folgen informiert sein. Hier sind Verbesserungen notwendig. Und für diese werden wir uns einsetzen“, sagte Damerow.

Die CDU-Fraktion habe daher auch beantragt, dass sich die Landesregierung auf der Ebene der Innenministerkonferenz für die Erarbeitung kurzfristiger Konzepte zur Verbesserung der Information der Betroffenen einsetzt.

Link zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0500/drucksache-18-0517.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)